

der Internetaktivitäten, die angesichts vergangener Kampagnen nur größte Befürchtungen hervorrufen kann (RMRB, 27.4.04). Eher hilflos wirkt dabei allerdings die Absicht der Regierung, künftig streng darauf zu achten, dass Internetbars nicht im Umkreis von 200 Metern rund um Schulen eröffnet werden, um Jugendliche vor deren Profitstreben zu schützen (XNA, 23.3.04). -gs-

17 Lockerung der Familienplanung trotz Bevölkerungswachstum

Nach Angaben des nationalen Statistikbüros hatte die VR China Ende 2003 eine Bevölkerung von 1,29 Mrd. Menschen – mit einer Geburtenrate von 12,4 pro 1.000 Personen und einer Sterberate von 6,4. Nach Angaben von Minister Zhang Weiqing, Vorsitzender der staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung, in der Zeitschrift *Qiushi* wird die Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten um ca. 10 Mio. Menschen pro Jahr weiter wachsen – immerhin 3 Mio. pro Jahr weniger als noch in den 90er Jahren und könnte bei langsam abnehmenden Steigerungsraten im Jahr 2043 die Höchstzahl von 1,48-1,55 Mrd. erreichen. Bis dann zugleich ein Nullwachstum erreicht würde, wäre die Bevölkerung gegenüber heute noch einmal um fast 300 Mio. Menschen größer geworden. Andere, wie der Bevölkerungsexperte Huang von der Beijing Capital University, sind etwas optimistischer und sehen bereits vor 2043 ein Nullwachstum erreicht, da die Geburtenrate seit den 90er Jahren abnimmt und die Sterberate sich während der letzten 10 Jahre um 0,8% erhöht hat.

Abgesehen von dem Bevölkerungswachstum wies Minister Zhang auf weitere Probleme wie vor allem die Geschlechterlücke und die Alterung der Gesellschaft hin. Der fünfte nationale Zensus im Jahre 2000 habe ergeben, dass es 12,7 Mio. mehr Jungen als Mädchen im Alter unter 10 Jahren gebe. Und die älteren Menschen über 65 Jahren werden im Jahre 2020 11,8% der Bevölkerung ausmachen, zur Mitte des Jahrhunderts bereits 25%.

Huang nahm auch Stellung zur Lockerung der Familienpolitik in Shanghai,

die am 15. April in Kraft trat. Diese habe nur begrenzten Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung, da sie nur einem kleinen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit gebe, ein zweites Kind zu bekommen (SCMP, 15.4.04).

Den Bestimmungen zufolge, die bereits im Jahr 2003 vom Shanghai-er Volkskongress verabschiedet wurden, kann z.B. ein Ehepaar, wo beide Partner Einzelkinder sind, ein zweites Kind bekommen. Aufgehoben wurde auch das Intervall von vier Jahren zwischen dem ersten und dem zweiten Kind. Außerdem wurde das Recht ländlicher Paare, ein zweites Kind zu bekommen, wenn einer der Partner arbeitsunfähig und/oder behindert ist, auf die städtischen Familien ausgeweitet. Und schließlich wurde die Regelung geändert, dass ein zum zweiten Mal verheiratetes Paar nur dann ein zweites Kind haben könne, wenn einer der beiden Partner noch kinderlos sei. Die städtische Familienplanungskommission betonte, dass auch in Shanghai die Ein-Kind-Politik in Kraft bleibe und man keinesfalls zu mehr Kindern ermutigen wolle, es handele sich allein um humanitäre Erleichterungen (XNA, 13.4.04).

Parallel dazu hat die Regierung in Beijing Pläne bekannt gegeben, die Einhaltung der Ein-Kind-Politik auf dem Lande durch Prämienzahlungen zu fördern. Sie wolle eine Stadt in den 14 westlichen und Zentralprovinzen als Experimentierfeld auswählen und ländlichen Familien, die sich an die Familienpolitik halten, eine Prämie von 600 Yuan (ca. 72 US\$) zahlen. In den entwickelteren Gebieten könnten die Lokalregierungen diese Politik auf eigene Kosten testen (XNA, 1.4.04). -gs-

Außenwirtschaft

18 US-Regierung: Keine Handelsstrafmaßnahmen gegen China

Trotz massiven Drucks verschiedener Interessengruppen und ihrer formalen Beschwerde im Rahmen der Sektion 301 des US-Handelsgesetzes hat die US-Regierung es abgelehnt, Handelsstrafmaßnahmen gegenüber China zu ver-

hängen. So hatten die American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations und die National Association of Manufacturers in einer Klage gefordert, eine Untersuchung gegen China wegen der Verletzung von arbeitsrechtlichen Standards und Manipulation des Wechselkurses einzuleiten. Kong Quan, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, begrüßte diese Entscheidung. Sie sei „weise“ und förderlich für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den USA. (XNA, 29.4.04; AWSJ, 28.4.04)

In einer Pressekonferenz erklärten Regierungsvertreter die Entscheidung damit, dass eine marktwirtschaftliche Einbindung Chinas wirkungsvoller sei, als Druck auf die Verbesserung der arbeitsrechtlichen Standards und auf die Freigabe des Wechselkurses auszuüben. Der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick fasste diese Position wie folgt zusammen:

„We do not need to conduct a year-long investigation to know there are serious concerns with labor rights and working conditions in China as there are in many other developing countries. This administration believes that trade and economic growth, combined with the use of leverage to pursue mutual interests under agreed upon international rules, will move China faster and further toward achieving real results than a retreat into economic isolationism and the raising of barriers that block trade.“ (AWSJ, 28.4.04)

Die Interessenverbände suchten nach Heilmitteln, so Zoellick, die eher zur Verschlechterung der Situation beitragen würden als zur Lösung der Probleme. Eine Erhöhung der Handelsbarrieren in den USA hätte eine Verteuerung für die US-Konsumenten zur Folge und würde die Arbeitsplätze amerikanischer Arbeiter gefährden, die vom Handel mit China abhingen.

Zoellick verwies außerdem auf laufende Verfahren, die deutlich machten, dass die US-Regierung keineswegs darauf verzichte, die eigenen Interessen zu verfolgen. Hierzu zählte Zoellick die Klage gegen die Praxis der Exportsteuerrückerstattung für Chinas Halbleiterindustrie und den Textilstreit. (AWSJ, 28.4.04)

Dass die US-Regierung sich dafür entschieden hat, keine Handelssanktionen zu verhängen, wird in den Kommentaren der Presse deshalb als bemerkenswert herausgestrichen, weil die öffentliche Meinung eher in eine andere Richtung tendiert. Eine im Januar d.J. durchgeführte Befragung zeigte beispielsweise, dass 72% der interviewten Amerikaner den Verlust von Arbeitsplätzen an China als „schwerwiegendes“ bis „sehr schwerwiegendes“ Problem ansehen. Die Entscheidung der Bush-Regierung könnte damit von der Opposition im laufenden Wahlkampf zum eigenen Vorteil benutzt werden. (FT, 30.4.04; AWSJ, 27.4.04)

Der Entscheidung der US-Regierung, auf Sanktionen im Außenhandel mit China zu verzichten, waren Gespräche im Rahmen der China-US Joint Commission on Commerce and Trade (JCCT) am 21.4.04 vorausgegangen. An der Sitzung der Gemischten Kommission hatten in diesem Jahr auch die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi sowie auf der US-Seite Donald Evans, Handelsminister, Ann Veneman, Agrarministerin, sowie Robert Zoellick, US-Handelsbeauftragter, teilgenommen. Die 1983 eingerichtete JCCT stellt den wichtigsten bilateralen Konsultationsmechanismus dar. (BBC PF, 21.4.04)

Ein Ergebnis der bilateralen Gespräche ist es, sechs Arbeitsgruppen innerhalb der JCCT einzurichten, die die strittigen Themen aufgreifen. So wird es Arbeitsgruppen 1) zum Status der Marktwirtschaft, die China nach dem US-Handelsgesetz anstrebt, geben sowie 2) zu den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China, 3) zur Inspektion und Quarantäne von Agrarprodukten, 4) zum Textilhandel, 5) zum Schutz geistiger Eigentumsrechte und 6) zur statistischen Methode der Berechnung des Außenhandels. (BBC PF, 23.4.04)

In den Verhandlungen soll die chinesische Seite darauf verzichtet haben, dass alle Computernetzwerke inländische Verschlüsselungsstandards übernehmen. Gegen diese Anforderung hatten US-Unternehmen wie Intel Corp. protestiert, da hierdurch Lizenzgebühren entstehen und ein Technologietransfer an chinesische Unternehmen notwendig geworden wäre. China will außerdem da-

rauf verzichten, dass Telekommunikationsstandards der dritten Generation von Dienstleistungsanbietern übernommen werden müssen. Hinsichtlich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte stellte Wu Yi einen Aktionsplan vor, in dem eine Verschärfung der Sanktionen gegen Verstöße sowie mehr Kontrollen und Überwachungen bei den Zollbehörden vorgesehen sind. (AWSJ, 21.4.04)

Wu Yi ging in einer Stellungnahme auch auf das hohe Defizit der USA im Handel mit China ein. Dies betrug nach Berechnung der amerikanischen Seite im Jahr 2003 rd. 124 Mrd. US\$. (AWSJ, 19.4.04) Verschiedene Ursachen wie die Handelsstruktur, Handelsumleitung (z.B. über Hongkong), unterschiedliche statistische Berechnungsmethoden und eine zu starke Kontrolle der US-Exporte begründen dieses Defizit aus Sicht von Wu Yi. Eine Lösung sieht Wu Yi eher darin, die US-Exporte nach China auszuweiten als die Importe aus China zu beschränken. (XNA, 23.4.04) -schü-

19 Boao-Forum 2004: Aufruf zur engeren regionalen Kooperation in Asien

Die Jahreskonferenz des Boao Forum for Asia (BFA), die in der Zeit vom 23. bis 25.4.04 in Boao, Provinz Hainan, stattfand, stand unter dem Motto „A Win-Win Asia: Asia That Opens Up to the World“. Zu den Teilnehmern auf der Konferenz mit rd. 1.000 hochrangigen Beamten, Wissenschaftlern und Unternehmern aus 35 Ländern und Regionen zählten auch der chinesische Staatspräsident Hu Jintao, Ministerpräsident Hun Sen aus Kambodscha, Z.K. Jamali, Ministerpräsident aus Pakistan, der tschechische Präsident Vaclav Klaus sowie die ehemaligen US-Präsidenten Bush Senior, De Leon (Mexiko), Mahathir (Malaysia), Ramos (Philippinen), Hawke (Australien) und die höchsten Repräsentanten der SVR Hongkong und der SVR Macau, Tung Chee-hwa und Ho Hau Wah. (XNA, 23.4.04)

Die Konferenz wurde mit einer Rede von Staatspräsident Hu Jintao zur engeren Kooperation Asiens eingeleitet. Nachdem Hu zunächst auf die wirtschaftlichen Erfolge Chinas in den letzten zwei Dekaden eingegan-

gen war, stellte er eine Reihe von chinesischen Ansätzen zur engeren Kooperation innerhalb Asiens vor (XNA, 24.4.04):

- 1) Stärkung der Freundschaft, des politischen Vertrauens und der guten Nachbarschaft.
China werde mit anderen asiatischen Ländern auf der Basis der UN-Charter und den fünf Prinzipien der friedvollen Koexistenz Partnerschaften entwickeln und Konflikte durch Dialog lösen. Hierzu sollen die Beziehungen mit den asiatischen Ländern auf allen Ebenen gestärkt werden.
- 2) Ausweitung und Vertiefung der bilateralen Wirtschaftskooperation.
China ist bereit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den asiatischen Nachbarländern im Handel, bei Investitionen, natürlichen Ressourcen, Informationen, Wissenschaft und Technologie, in der Landwirtschaft, bei der Armutsbekämpfung und Entwicklung des Humankapitals im Rahmen einer Präferenzpolitik zu intensivieren. Weiterhin sollen die chinesischen Unternehmen ermutigt werden, Asien als wichtigste Station ihrer globalen Strategie zu wählen; hierbei soll eine Verbindung mit der Westchina- und der Nordostchina-Entwicklungsstrategie erfolgen.
- 3) Beschleunigung der regionalen Wirtschaftsintegration.
China will mit den asiatischen Nachbarländern die Möglichkeiten von Freihandelsvereinbarungen diskutieren. Auch eine intensivere Abstimmung über gesamtwirtschaftliche Maßnahmen und die Finanzsektorpolitik mit anderen asiatischen Partnern soll erfolgen; China will am Aufbau dafür notwendiger Institutionen mitarbeiten.
- 4) Förderung des Kultur- und Personalaustausches.
China möchte engeren Kulturaustausch in Asien und ermutigt die Zusammenarbeit von Medien, um einen asiatischen Kulturmarkt aufzubauen. Weiterhin will China den Dialog der Kulturen und Religionen in Asien fördern und für mehr Toleranz

und Verständnis eintreten. Auch will China mit anderen asiatischen Ländern in den Bereichen Jugendaustausch und Geschäfts- und Tourismusreisen enger zusammenarbeiten.

- 5) Stärkung des Sicherheitsdialogs und des Austausches auf der Ebene des Militärs.

China verfolgt das neue Sicherheitskonzept des gegenseitigen Vertrauens und Vorteils, der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit und hofft, Sicherheitsbeziehungen und eine Zusammenarbeit aufzubauen, die auf Unabhängigkeit und Vermeidung von Konfrontation basiert und nicht gegen Dritte gerichtet ist.

In seiner Rede mit dem Titel „China's development, Asia's opportunity“, betonte Hu Jintao die Schlüsselrolle Asiens für Chinas Wirtschaftsentwicklung. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg biete gleichzeitig enorme Chancen für Asien.

Zu den Themen auf der zweitägigen Konferenz zählten u.a. die Beziehung zwischen dem multilateralen Handelssystem und der Wirtschaftsintegration Asiens, die Herausforderungen im Bereich der Energie für Asien und Kooperation im Energiesektor, Wertschöpfungsketten und „made in Asia“, kultureller Austausch und Zusammenarbeit in Asien. (XNA, 24.4.04)

Die Frage der Energiezusammenarbeit wurde in einem „round-table meeting“ diskutiert. Hierbei wurde auf die zunehmende Nachfrage nach Energie in Asien aufgrund des schnellen Wirtschaftswachstums hingewiesen; Asien werde mittel- bis langfristig die USA als größten Erdölkonsumenten ersetzen. Makoto Satani, Direktor der Nippon Oil Corporation, betonte in der Diskussion, dass China, Japan und Südkorea ein gemeinsames Interesse an einem stabilen regionalen Erdölmarkt hätten. Auf diese drei Länder entfällt der Hauptanteil des Verbrauchs in Nordostasien. (XNA, 24.4.04)

Im Themenschwerpunkt „supply chain and made in Asia“ hob Carlos Magarinos, Direktor der UNIDO, hervor, dass die Entwicklung Asiens zum globalen Produktionszentrum das Er-

gebnis der Integration und der Optimierung globaler Produktionssektoren gewesen ist. Investitionen multinationaler Unternehmen hätten die wirtschaftliche Entwicklung Asiens beschleunigt und dazu beigetragen, das Asiens Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gestiegen sei. Die größten Hersteller von Computern, Elektronikprodukten, Telekommunikationseinrichtungen sowie die Petrochemie hätten bereits Verarbeitungskapazitäten nach Asien ausgelagert. Gleichzeitig habe in Asien eine Neuaufstellung der Verarbeitungsindustrien vor allem aus Japan, Südkorea, Taiwan und Hongkong in andere Regionen begonnen, insbesondere auf das chinesische Festland. (XNA, 25.4.04) -schü-

20 Außenhandelsgesetz an WTO-Bedingungen angepasst

Am 6.4.04 wurde das stark überarbeitete Außenhandelsgesetz auf der NVK-Tagung verabschiedet. Dies Gesetz wird zum 1. Juli 2004 in Kraft treten. Die ursprüngliche Version des Außenhandelsgesetzes stammt aus dem Jahre 1994 und musste den veränderten Rahmenbedingungen und Auflagen der WTO entsprechend angepasst werden. (Siehe die englischsprachige Version „Foreign Trade Law of the People's Republic of China“, in: BBC EF, 14.4.04)

In der Diskussion über den Entwurf des Außenhandelsgesetzes im NVK wiesen die Teilnehmer vor allem darauf hin, dass mehr Transparenz notwendig sei. Die Beitrittsbedingungen zur WTO würden vorsehen, dass Informationen der Regierung zum Außenhandel für Unternehmen und Organisationen unverzüglich bereitgestellt würden. Dies sei auch eine Imagefrage für China. (BBC PF, 2.4.04)

In einem Interview mit Journalisten der *Renmin Ribao* wiesen Vertreter des Handelsministeriums darauf hin, dass es sich um eine umfassende Überarbeitung der letzten Version des Außenhandelsgesetzes von 1994 handelt. Das Gesetz sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Institutionalisierung. Die Bedeutung des Gesetzes bestehe vor allem in folgenden Aspek-

ten (RMRB web site, Beijing, 10.4.04, nach BBC PF, 10.4.04):

- 1) Das Außenhandelsgesetz nimmt die im WTO-Beitrittsprotokoll gegebenen Zusagen hinsichtlich Außenhandelssystem und -administration auf, insbesondere Fragen der Transparenz und Aufhebung der Beschränkung für ausländische Unternehmen innerhalb eines 3-Jahres-Zeitraumes.
- 2) Das Außenhandelsgesetz bietet einen Rechtsrahmen für die nachhaltige, gesunde und koordinierte Entwicklung des Außenhandels. Im Gesetz werden die Rolle und Verantwortlichkeiten des Staates in der Außenhandelsadministration definiert und somit Transparenz hergestellt. Weiterhin bestimmt das Gesetz die Rechte und Pflichten der im Außenhandel aktiven Unternehmen.
- 3) Auf der Basis des neuen Außenhandelsgesetzes können Ausführungsbestimmungen für die einzelnen Aspekte ausgearbeitet werden, um ein gesetzliches Regelwerk für die Entwicklung des Außenhandels zu haben.

Die wichtigsten Veränderungen im Außenhandelsgesetz sind aus Sicht des Handelsministeriums:

- 1) Nicht nur Unternehmen, sondern auch natürliche Personen dürfen Handelsaktivitäten auf der Basis der gesetzlichen Bestimmungen durchführen.
- 2) Das Außenhandelsgesetz hebt das Verfahren der Prüfung und Genehmigung von Unternehmen/Personen auf, die im Außenhandel aktiv werden wollen; ersetzt wird dies durch eine einfache Registrierung.
- 3) Ergänzung des Gesetzes um eine Bestimmung, die für den Handel mit einigen Gütern staatliche Außenhandelsunternehmen/staatliches Management erlaubt.
- 4) Es wird ein Verfahren der automatischen Importgenehmigung für ansonsten frei einführbare Produkte aufgebaut. Ziel ist zu beobachten, wie sich der Außenhandel entwickelt.

- 5) Ergänzung des Außenhandelsgesetzes um den Schutz geistiger Eigentumsrechte in Verbindung mit dem Außenhandel. Diese Rechte bilden eine der drei Säulen der WTO und gewinnen an Bedeutung für viele Länder, die nationale Interessen schützen wollen.
- 6) Das Gesetz hat Bestimmungen zur rechtlichen Verantwortung überarbeitet und genauer definiert.

Zusammenfassend zielt das überarbeitete Außenhandelsgesetz aus Sicht des Handelsministeriums vor allem a) auf die Herstellung gleicher Bedingungen für in- und ausländische Händler, b) auf die Schaffung fairer und vorhersehbarer Rahmenbedingungen für den Außenhandel und c) auf die Errichtung eines verlässlichen Beobachtungssystems für die Entwicklung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz, wie dies internationale Praxis sei. -schü-

21 Chinas Nachfrage nach Agrarprodukten beeinflusst die Weltmarktpreise

Chinas wachsende Nachfrage nach Agrarprodukten nimmt – ebenso wie bei Energie und Industrieprodukten – zunehmend Einfluss auf die Entwicklung der Weltmarktpreise. So stiegen beispielsweise im letzten Jahr die Preise für Sojabohnen um 80%. Einerseits war dies eine Folge einer schwachen Ernte in den USA, andererseits hatte die Nachfrage Chinas deutlich zugenommen. Inzwischen nimmt China 13% der Sojabohnenernte der USA ab. Ähnlich sieht es bei Weizen aus, dessen Weltmarktpreis um 20% zulegte. Der Import ausländischer Agrarprodukte ist nach dem Beitritt des Landes zur WTO und der damit verbundenen Liberalisierungsschritte für ausländische Anbieter auch einfacher.

Obwohl die Regierung ihre Anstrengungen verstärkt, den Anbau von Sojabohnen, Mais und Reis für die eigenen Bauern attraktiver zu machen, wird mittelfristig auch von chinesischer Seite mit einem Anstieg der Importe gerechnet. Trotz der neuen Politik soll nach Einschätzung des US-Agrarministeriums die Anbaufläche für Weizen und Mais weiter rück-

läufig sein. Auch nehmen die Lagerbestände von Weizen und Mais in China weiter ab. Dies ist auch bewusste Politik der Regierung, die einen Lagerabbau vor einer Ausweitung der Importe im Augenblick vorzieht. Nach Einschätzung von US-Analysten reichen die Lagerbestände für ein weiteres Jahr und beschränken dadurch den Umfang der Importe. (AWSJ, 30.4.04)

Insgesamt wird für das Jahr 2003/04 mit einer globalen Produktion von Weizen in Höhe von 549,3 Mio. t gegenüber einem Verbrauch von 589,4 Mio. t gerechnet (siehe Tabelle). Chinas Weizenoutput wird sich voraussichtlich auf 83 Mio. t belaufen, das wären 20 Mio. t weniger als benötigt. Zwar wird ein großer Teil noch aus Vorräten bedient werden, doch könnte schon im Jahre 2005/6 Chinas Nachfrage mit 10 Mio. t die weltweit größte Weizenfrage werden. (HB, 29.4.04) -schü-

Die größten Weizenproduzenten und -konsumenten weltweit (Mio. t)

Produzenten	2003/04	2002/03
EU	90,5	103,9
China	86,0	90,3
Indien	65,1	71,8
USA	63,6	43,7
Russland	34,0	50,5
<i>Welt, gesamt</i>	<i>549,3</i>	<i>566,2</i>
Konsumenten		
China	104,5	105,2
EU	94,5	97,1
Indien	69,6	74,3
Russland	35,5	39,3
USA	32,8	30,3
<i>Welt, gesamt</i>	<i>589,4</i>	<i>601,0</i>

Quelle: Foreign Agricultural Service, in: HB, 29.4.04.

Binnenwirtschaft

22 Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 2004: Überhitzungstendenzen nehmen zu

Chinas gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 2004 ist erneut durch ein sehr hohes Wachstum

gekennzeichnet. Die Wachstumsrate lag bei 9,7%, deutlich höher als die Zuwachsrate von 9,1% im 1. Quartal 2003 und 8% im Jahre 2002. Während der Sprecher des Staatlichen Statistikamtes, Zheng Jinping, noch von einem vernünftigen Wachstumstempo spricht, verstärken sich die Überhitzungsanzeichen. Zheng wies bei der Vorstellung der vorläufigen Statistiken für das 1. Quartal 2004 darauf hin, dass das Wachstum im 4. Quartal 2003 bei 9,9% gelegen habe.

Aus der geringfügig gesunkenen Wachstumsrate im 1. Quartal gegenüber der Vorjahresperiode auf einen Trend zur Normalisierung zu schließen, scheint verfrüht zu sein. Tatsächlich liegt das Entwicklungstempo auch höher als von verschiedenen Analysten angenommen; diese waren von rd. 9,2% Wachstum für die ersten drei Monate d.J. ausgegangen.

Wachstumsmotor waren erneut die Investitionen, die im 1. Quartal um 43% stiegen und bei 879,9 Mrd. RMB lagen. Das Investitionswachstum von 26,7% im letzten Jahr war bereits als zu hoch angesehen worden, und die aktuelle Investitionsentwicklung weist nochmals auf die Überhitzung der Wirtschaft hin.

Die industrielle Wertschöpfung nahm um 17,7% in den ersten drei Monaten zu; im März lag die Wachstumsrate sogar bei 19,4%.

Das hohe Wachstum wurde auch von der Ausweitung des privaten Konsums getragen. Der Einzelhandelsumsatz stieg im 1. Quartal um nominal 10,7% und real um 9,2%. Der Umsatz in den städtischen Regionen lag mit einer Zunahme um 12,3% (852,5 Mrd. RMB) deutlich höher als in den ländlichen Regionen (+7,6%; 430,5 Mrd. RMB).

Eine Ursache für den hohen Anstieg des Einzelhandelsumsatzes war der verstärkte Konsum im Zusammenhang mit dem Frühlingsfest, das mit einer Ferienwoche für die meisten Beschäftigten verbunden war. Der größte Anstieg der Umsätze entfiel auf die Verkäufe von Kfz (+56,5%), Telekommunikationsausrüstungen (+60%) sowie Erdöl und Erdölderivate (+37,6%).

Erstmals seit langer Zeit nahmen die Preise wieder relativ kräftig zu, vor